



DKG-Vorstandsvorsitzender Dr. Gerald Gaß

Gesundheitskosten senken heißt Prävention stärken

Die Debatte um die Zukunft unseres Gesundheitswesens wird derzeit mit großer Dringlichkeit geführt – nicht ausgehend von der GKV-FinanzKommission Gesundheit, die von Bundesgesundheitsministerin Nina Warken eingesetzt wurde, um Maßnahmen zur Stabilisierung der Beitragssätze zu erarbeiten. Wer Bezahlbarkeit ernst meint, darf nicht nur über Kürzungen und Strukturreformen sprechen. Er muss über Prävention sprechen – und zwar endlich mit Konsequenz.

Denn Prävention ist keine „nette Ergänzung“ zur Versorgung. Sie ist der einzige nachhaltige Weg, um Krankheitslast zu reduzieren, Lebensqualität zu erhöhen und zugleich Kosten im System zu senken. Wissenschaftliche Analysen zeigen seit Jahren: Viele Public-Health-Interventionen sind nicht nur kosteneffektiv – sie sind kostensparend, mit deutlichen „Returns on Investment“.

Das ist die nüchternen ökonomische Wahrheit hinter einem zufrieden menschlichen Anspruch: weniger Leid, weniger vermeidbare Erkrankungen, mehr gesunde Lebensjahre.

Krankenhäuser erleben täglich, was mangelnde Prävention bedeutet: schwere Verläufe chronischer Erkrankungen, vermeidbare Herz-Kreislauf-Komplikationen, fortgeschrittene Diabetesfolgen, alkoholbedingte Organschäden und nicht zuletzt eine steigende Zahl von Menschen, die medizinisch hochkomplex versorgt werden müssen, weil Risikofaktoren zu spät adressiert wurden. Prävention wirkt deshalb nicht „irgendwie“, sondern ganz konkret: Sie entlastet Notaufnahmen, Stationen und Intensivbereiche – und sie stärkt die Handlungsfähigkeit unseres gesamten Systems.

Die Deutsche Krankenhausgesellschaft hat immer wieder darauf hingewiesen, dass unser Gesundheitssystem nicht allein durch immer neue Reparaturleistungen stabilisiert werden kann. Wir brauchen eine Politik, die Gesundheit ermöglicht – durch bessere Rahmenbedingungen, Gesundheitskompetenz und gezielte, wirksame Verhältnisprävention. Gerade wenn die Finanzkommission nach Lösungen sucht, wie die GKV bezahlbar bleiben kann, darf Prävention nicht bloß als Kapitel im Bericht auftauchen, sondern muss zum Leitprinzip zukünftiger Gesundheitspolitik werden.

Ein zentraler Punkt ist dabei die konsequente Bekämpfung ernährungs- und suchtbedingter Krankheitslast. Hier reicht es nicht, allein auf Freiwilligkeit und Appelle zu setzen. Wenn die Bundesgesundheitsministerin erklärt, bei Alkohol- und Zuckerkonsum

ausschließlich auf Aufklärung setzen zu wollen, ist das gut gemeint – aber gesundheitspolitisch zu kurz gesprungen. Aufklärung ist wichtig. Doch wer die Evidenz kennt, weiß: Preis- und Steuerinstrumente wirken. Und sie wirken besonders dort, wo Aufklärung allein an Grenzen stößt. Das zeigen auch internationale Vorbilder. Die Weltgesundheitsorganisation empfiehlt seit Jahren, zuckerhaltige Getränke deutlich zu verteuern – eine Preiserhöhung um 20 % kann den Konsum in ähnlicher Größenordnung senken. Auch neuere Modellierungen für Deutschland kommen zu klaren Ergebnissen: Eine Softdrink-Steuer kann relevante Krankheitslast reduzieren und Milliardenbeträge einsparen. Diese Steuern sind kein moralischer Zeigefinger. Sie sind ein gesundheitspolitisches Lenkungsinstrument – mit einem zweiten entscheidenden Vorteil: Sie können zusätzliche Mittel für Prävention und Versorgung generieren. Gerade in Zeiten, in denen die Beitragsstabilität zur zentralen politischen Frage wird, ist es nicht nachvollziehbar, warum wir wirksame Steuerungs- und Finanzierungsinstrumente kategorisch ausschließen sollten.

Natürlich gilt: Eine Alkohol- und Zuckersteuer muss sozial ausgewogen gestaltet werden. Deshalb ist für uns zentral, dass Einnahmen zweckgebunden dort eingesetzt werden, wo sie wirken: in Gesundheitsförderung, in Früherkennung, in Präventionsprogrammen – und in Maßnahmen, die insbesondere Kinder und Jugendliche schützen. Im Bereich der Zahnmedizin sehen wir eindrucksvoll, was Prävention bewirken kann.

Unser Appell an die Politik ist klar: Nutzen Sie die Arbeit der GKV-Finanzkommission nicht für Symbolpolitik, sondern für echte Weichenstellungen. Ein finanzierbares Gesundheitswesen braucht starke Krankenhäuser – aber es braucht vor allem weniger vermeidbare Erkrankungen. Dafür steht die DKG. Und dafür braucht Prävention jetzt den politischen Vorrang, den sie seit Jahren verdient.